

**Niederschrift**  
**zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung,**  
**Tourismus und Kultur der Stadt Barth**  
**WIFÖ/B/050/2024-29**

**Sitzungstermin:** Dienstag, den 29.10.2024  
**Sitzungsbeginn:** 18:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 21:00 Uhr  
**Ort, Raum:** 18356 Barth, Vineta-Bürgerhaus, Papenstraße 8

**Anwesend sind:**

Ausschussvorsitzender

Schröter, Frank

1. stellv. Ausschussvorsitzender

2. stellv. Ausschussvorsitzender

Ausschussmitglied

Karkoschka, Veronika

Manns, Ramona

Wiegand, Lothar

sachkundige/r Einwohner/in

Burmeister, Thorsten

Vertreter der Verwaltung

Paszehr, Nicole

Keller, Enrico

Protokollant

Müller, Heike

**Entschuldigt fehlen:**

Gutzmann, Holger

Wernicke, Enrico

Brusch, Enrico

Pecher, Thomas

Hellwig, Friedrich-Carl

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (17.09.2024)
4. Protokollbestätigung
5. Einwohnerfragestunde
6. Bericht des Amtes 40.1 / Rückfragen
- 6.1. Beratung und Beschlussfassung über die 1. Änderung der Kurabgabesatzung der Stadt Barth vom 08.12.2022 tmTK-KA/B/601/2024
7. Diskussion über Entwicklungspotenziale der Stadt Barth in Bezug auf Gesundheitstourismus, Prädikatisierung, Ansiedelung von Kurkliniken / Anette Rösler (GF Bäderverband MV)
8. Diskussion neuer Radweg/ Aussichtspunkt Borgwall und ehem. Aschberg
9. Diskussion Erlebnispunkte Innenstadt
10. Diskussion Campingplatzstandorte Barth
11. Diskussion Spendengala
12. Diskussion Alleinstellungsmerkmal für die Stadt Barth
13. Anfragen und Mitteilungen
14. Schließung der Sitzung

### **Niederschrift:**

#### **Öffentlicher Teil**

##### **zu 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Schröter eröffnet um 18:30 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

##### **zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung**

Frau Paszehr beantragt Beratung und Beschluss über die Satzungsänderung der Kurabgabesatzung (lt. Tischvorlage) mit in die Tagesordnung aufzunehmen.

#### **Der WIFÖ-Ausschuss beschließt die Erweiterung des Tagesordnungspunktes 6 um die Beratung und Beschlussfassung zur Änderung der Kurabgabesatzung**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Gesetzliche Anzahl der Vertreter:	9
davon anwesend:	5
Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

#### **Bemerkungen:**

Aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung war kein Mitglied des Gremiums von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

### zu 3 **Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (17.09.2024)**

Herr Schröter lässt über die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung abstimmen.

**Beschluss: Die Niederschrift der letzten Sitzung vom 17.09.2024 wird bestätigt**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Gesetzliche Anzahl der Vertreter:	9
davon anwesend:	5
Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

#### **Bemerkungen:**

Aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung war kein Mitglied des Gremiums von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

### zu 4 **Protokollbestätigung**

lfd. Nummer 79:

Herr Keller berichtet, dass der Gehweg vor dem Rathaus bis zur Goethestraße im Maßnahmeliste enthalten ist aber keine besondere Priorität hat. Man will vor der Instandsetzung prüfen, wo der Behindertenstellplatz hin soll.

Herr Schröter wirft ein, dass der Platz vor dem Rathaus allgemein im schlechten Zustand sein. Es ist sehr viel Unkraut vorhanden. Das sollte man bei der Gestaltungsplanung berücksichtigen.

Frau Paszehr erhält eine Nachricht von Herrn Gutzmann. Dieser entschuldigt sein Fehlen, da er die Einladung nicht bekommen hat. Später korrigiert er dies. Die Einladung ist im Spam-Ordner gelandet.

lfd. Nummer 84:

Herr Schröter bemängelt die immer noch lange Wartezeit bei der Bearbeitung von Grundstückskaufanträgen.

Herr Keller sagt, dass seit der Übernahme des Sachgebietes durch Frau Ehrich, sich die Wartezeiten deutlich verkürzt haben. Da sie auch oft auf Zuarbeiten angewiesen ist, brauch auch sie eine gewisse Zeit. Die Antragsteller bekommen aber zumindest einen Zwischenbescheid.

Frau Paszehr bestätigt dies. Allerdings müssen erst alle alten Vorgänge aufgearbeitet werden. Sie empfiehlt, die Abarbeitung nur noch vierteljährlich zu prüfen.

Herr Schröter meint, dass man bei der Bearbeitung eventuell Prioritäten setzen sollte. Einige potentielle Käufer sind wegen der langen Bearbeitung schon wieder abgesprungen.

Herr Burmeister fragt, ob die Grundstücke an der Umgehungsstraße, die von Lidl und Stolz neu bebaut werden, von der Stadt verkauft wurden oder privat.

Herr Keller antwortet, dass es sich hier um Privatbesitz handelt.

Herr Burmeister bemerkt, dass DM auch in den geplanten Komplex geht und die Altstadt bald zum Museum wird. Ob es dafür einen Beschluss gab.

Frau Paszehr möchte dieses Thema in den Hauptausschuss bringen.

lfd. Nummer 80:

Herr Schröter fragt, ob der Fördermittelantrag gestellt wurde.

Herr Keller glaubt zu wissen, dass der Antrag gestellt wurde. Hier ist die Freilichtbühne aber ausgenommen. Es geht nur um den Park.

Frau Paszehr bestätigt dies, hat aber keine weiteren Kenntnisse darüber. Es wäre besser hierzu Herrn Dr. Albrecht einzuladen.

Herr Schröter befürwortet das.

lfd. Nummer 81:

Herr Keller bestätigt, die Teillösung der Geschwindigkeitsbegrenzung im Trebin, durch die Baustelle. Nach Beendigung der Bauarbeiten soll es da eine Lösung geben.

Herr Wiegand meint, dass eigentlich der gesamte Fahrweg für den Abtransport mit 30km/h begrenzt werden sollte. Damals hieß es, dass könnte die Stadt regeln. Nun wundert er sich, dass die Zuständigkeit noch nicht geklärt wurde.

Herr Burmeister sagt, dass man klären muss, ob es kommunale Straßen oder Landesstraßen sind.

Herr Keller bestätigt, dass der Antrag an den Landkreis gestellt wurde.

Herr Wiegand meint, dass eine Regelung nichts bringt, wenn sie erst nach Abschluss der Bauarbeiten realisiert wird.

Herr Schröter bestätigt, dass Anträge an den Landkreis immer noch zu lange dauern. Er sagt, dass erwirkt werden muss, solche Entscheidungen selber als Stadt vornehmen zu können. Außerdem gehören solche Punkte wie 79 und 81 nicht in den WiFö sondern in den Bauausschuss. Er beantragt diese Punkte in die Protokollkontrolle des Bauausschusses zu überführen.

lfd. Nummer 94:

Herr Schröter: Hier ist es ähnlich, wie bei dem Vorpunkt.

lfd. Nummer 97:

Herr Schröter fragt, ob sich da in der Zwischenzeit etwas getan hat. Es ging ja um die Förderung der Wärmepumpe.

Frau Paszehr berichtet, dass der Verein auf das Gutachten zum Gebäude wartet und man dann mit der Sanierung beginnen kann.

Herr Schröter schlägt ein Gespräch in einem nicht öffentlichen Rahmen zwischen Stadt, Stadtvertretung und zwei Vereinsmitgliedern vor. Er möchte hier einen extra Terminvorschlag.

lfd. Nummer 98:

Herr Keller wirft ein, dass der Baumschnitt im Herbst erfolgen soll und derzeit noch Herbst ist.

Frau Manns möchte, dass der übermäßige Baumwuchs am Martha-Müller-Grählert-Platz ebenfalls beseitigt wird.

Herr Keller lässt sich näheres von Frau Paszehr erläutern.

lfd. Nummer 99:

Ist erledigt und kann raus.

lfd. Nummer 103:

Herr Keller gibt an, dass die Messfahrzeuge immer wieder durch die Straßen fahren.

Herr Wiegand sagt, dass die Probleme schon seit dem letzten Winter bestehen. Jetzt gehen wir in den nächsten Winter und es kommt keine Änderung.

Herr Keller sagt, dass die Straßenbeleuchtung schon mal funktioniert hat aber immer wieder neue Störungen auftreten. Wenn ein Messwagen einen Fehler ortet, dann wird dieser auch repariert. Sie werden das Problem aber auch noch mal im Bauausschuss besprechen.

Herr Schröter sagt, wenn man einen Fehler in einem Teilstück repariert hat, dann kann man doch dieses Teil bei der nächsten Prüfung weglassen. Das muss doch dann irgendwann fertig werden.

Herr Wiegand erläutert die Wichtigkeit der Protokollliste. Vieles wurde in der Zwischenzeit abgearbeitet. Allerdings ist auch vieles, gerade im Bauausschuss, auf Grund fehlender finanzieller Mittel nicht realisierbar. Solange wie die Punkte auf der Liste stehen, können sie nicht vergessen werden.

Herr Schröter sagt, dass man schon verantwortungsvoll damit umgehen will. Er will aber weiterkommen. Sachen die in den Bauausschuss gehören, sollen auch dahin und nicht in den WiFö.

Herr Burmeister fragt, welche Baugrundstücke noch der Stadt gehören.

Herr Schröter antwortet, dass man bei diesem Thema ja schon in der letzten Sitzung war. Es ging damals um die Bewerbung zur Ansiedlung von Gewerbe. Auf solche Themen sollte man sich auch konzentrieren.

Frau Paszehr schlägt vor, die Protokollkontrolle zukünftig mit der Einladung zu verschicken. Im Ausschuss selbst, brauch man dann nur noch über aufkommende Fragen zu sprechen. Herr Schröter befürwortet das.

## **zu 5 Einwohnerfragestunde**

Es gibt keine Fragen von den anwesenden Einwohnern.

## **zu 6 Bericht des Amtes 40.1 / Rückfragen**

Frau Paszehr gibt an, dass sie dem Bericht die Auswertung der Gästekarte beigefügt hat.

Herr Schröter fragt, welche Leistungen der Gast mit der Gästekarte erhält.

Frau Paszehr zählt die Vergünstigungen in der Stadt Barth auf, wie der freie Eintritt im Vineta-Museum, eine kostenfreie Stadtführung und den rabattierten Eintritt in den anderen Museen. Außerdem erhält der Gast mit der Gästekarte weitere Vergünstigungen in den teilnehmenden Gemeinden der Modellregion.

Herr Schröter schlägt vor, einen Abend mit den Leistungsträgern zu gestalten. Er bittet die Tourismusabteilung den Bedarf abzufragen.

Weitere Fragen zum Bericht gibt es nicht.

## **zu 6.1 Beratung und Beschlussfassung über die 1. Änderung der Kurabgabesatzung der Stadt Barth vom 08.12.2022 Vorlage: tmTK-KA/B/601/2024**

Frau Paszehr erläutert die Notwendigkeit der Satzungsänderung auf Grund der Neuregelung im Bundesmeldegesetz und damit der Abschaffung der Meldepflicht bei der Aufnahme von Gästen mit deutscher Staatsbürgerschaft.

Frau Müller ergänzt, dass sich die alte Satzung in zwei Paragraphen auf das Bundesmeldegesetz bezog. Dieses gibt es aber mit den alten Regelungen ab 01.01.2025 nicht mehr. Damit die Satzung nicht angreifbar ist, müssen diese Passagen geändert werden.

Herr Burmeister fragt nach, ob es nur Formulierungen sind, die dort geändert werden.

Dies bejahen Frau Paszehr und Frau Müller. Die Textänderungen haben keinen Einfluss

auf die Kurabgabe. Frau Paszehr führt noch aus, dass die Änderung nur für ein Jahr erfolgt. Die Stadt ist 2025 regulär mit Neukalkulation und Satzungsanpassung dran, die dann zum 01.01.2026 gültig werden. Sie hofft, dass dann auch die neuen Regelungen aus dem Tourismusgesetz MV einfließen können.

**Der WIFÖ-Ausschuss der Stadt Barth empfiehlt der Stadtvertretung die 1. Änderung zur Kurabgabesatzung der Stadt Barth vom 08.12.2022 zu beschließen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Gesetzliche Anzahl der Vertreter:	9
davon anwesend:	5
Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

**Bemerkungen:**

Aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung war kein Mitglied des Gremiums von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

**zu 7      Diskussion über Entwicklungspotenziale der Stadt Barth in Bezug auf Gesundheitstourismus, Prädikatisierung, Ansiedelung von Kurkliniken / Anette Rösler (GF Bäderverband MV)**

Herr Schröter begrüßt Frau Rösler vom Bäderverband MV.

Frau Rösler stellt sich und den Verband vor. Sie berichtet über die Möglichkeiten der Höherprädikatisierung der Stadt Barth und somit über die Möglichkeiten für einen Gesundheitstourismus.

(Die Präsentation liegt dem Protokoll bei.)

Zum Abschluss der Präsentation führt Frau Rösler an, dass der Ostseeraum für die südlichen Gebiete durch den Klimawandel immer interessanter wird. Frau Paszehr bestätigt dies.

Frau Rösler meint, dass der Weg zur Höherprädikatisierung schwierig aber möglich ist. Eine Reha-Klinik anzusiedeln, dürfte problematisch werden. Sie begründet das, mit der Krankenhausreform und der notwendigen Zustimmung vom Ministerium.

Frau Paszehr fragt, ob ein Gesundheitszentrum bzw. ein medizinisches Versorgungszentrum notwendig sei. Frau Rösler bestätigt dies.

Herr Schröter fragt, ob solche Einrichtung kommunal sein muss oder ob ein privater Investor dahinterstehen kann.

Frau Paszehr findet, dass man sich hier als Kommune schon klar positionieren sollte. Welche Immobilie zum Beispiel für ein Gesundheitszentrum genutzt werden könnte.

Frau Rösler geht nochmal auf die Voraussetzungen für den Kneippkurort ein. Dieses Prädikat wäre spannend, machbar und nicht so verstaubt, wie es vielleicht klingt.

Die Gäste bleiben im Schnitt 21 Tage. Es sind meist Paare, die auch die Infrastruktur nutzen. Das Alter bewegt sich zwischen 40 und 75 Jahren. Es ist eine Generation, die gewillt ist, etwas für sich zu tun, auch jenseits der Schulmedizin. Sie möchten gute Restaurants aber auch Kultur und sind bereit dafür Geld auszugeben. Kneipp ist eine zeitgemäße Sache, die sich auch zeitgemäß umsetzen lässt. Trotzdem wird es uns vermutlich auch mit dem neuen Tourismusgesetz nicht gelingen, auch bei höherprädikatisierten Orten den Tourismus als Pflichtaufgabe zu verankern. Sie war erstaunt, mit welcher Unterstützung von den Landesregierungen solche Orte in Thüringen und in Bayern rechnen können. In Thüringen sind das jährlich über 50 Millionen Euro die in die hochprädikatisierten Orte gehen. Dies ist aber auch logisch, da in solchen Kommunen die Ansiedelung von Industrie nicht möglich ist. Ansonsten würde man kein notwendiges Emissionsgut-

achten erhalten. Es fallen also die Einnahmen aus Gewerbesteuer nahezu weg. Der Vorteil für die Bevölkerung wäre aber eine deutliche Verlängerung der Verweildauer. Trotzdem müsse man zunächst einiges investieren, um die Sache an den Start zu bringen. Die laufenden Kosten später, können über die Kurabgabe abgedeckt werden. Zurzeit sind nur Göhren und die Feldberger Seenlandschaft als Kneip-Kurorte in MV prädikatisiert. Hier sind die Internetpräsentationen aber sehr schlecht. Sie hat sich die von Garmisch-Partenkirchen angesehen. Hier merkt man, dass die Gemeinde stolz auf das Erreichte ist. Und so etwas merken auch potentielle Gäste.

Herr Schröter fragt, was das bedeutet. Können mögliche Investoren Förderungen bekommen?

Frau Rösler antwortet, dass Förderungen in diesem Rahmen überall schwierig sind. Eventuell zeigt die neue Landesförderbibel hier Möglichkeiten auf.

Frau Paszehr wirft ein, dass wir zuerst die Hausaufgaben machen müssen und damit die Prädikatisierung. Erst dann wird der Standort für Investoren interessant.

Frau Rösler empfiehlt, einen bestehenden Kurort zu besuchen.

Herr Schröter bemerkt, dass er sich das einfacher vorgestellt hat. Man schreibt die Kliniken an und eine sagt vielleicht ja. So investieren wir jetzt und haben nachher keine Sicherheit, ob der Plan aufgeht.

Frau Paszehr wirft ein, dass eine Klinik nicht kommt, wenn wir Erholungsort bleiben.

Frau Rösler schätzt ein, dass das Prädikat Kneipp einfacher zu erlangen ist. Es ist ein scharmantes Produkt für den 2. Gesundheitsmarkt. Eine Klinik ist hier nicht zwingend notwendig. Ihrer Meinung nach, ist die Klinik zu hoch angesetzt.

Herr Schröter gibt an, dass er das Prädikat nicht einschätzen kann. Ihm ist es bei seiner Urlaubswahl egal.

Frau Rösler gibt ihm Recht, dass es dem Gast auch egal ist. Sie glaubt nicht, dass der Gast den Unterschied zwischen einem Seeheilbad oder einem Ostseeheilbad kennt.

Deshalb ist es gerade für Barth wichtig, sich auf ein spezielles Produkt zu konzentrieren. Gesundheit und Natur wären empfehlenswert.

Frau Paszehr wirft ein, dass das Prädikat eine politische Entscheidung zum Qualitätsversprechen ist. Wenn wir uns von dem Prädikat verabschieden, gibt es keine Maßstäbe mehr, an denen wir uns messen wollen.

Frau Rösler bestätigt, dass der Gast die Marke Kneip kennt und hiermit auch bestimmte Vorstellungen und Erwartungen verknüpft.

Frau Manns fragt nach den Kosten.

Frau Rösler antwortet, dass man für das Gutachten ca. 4000,- € einplanen muss.

Herr Wiegand sieht Probleme bei der Begeisterung der Bevölkerung. Er macht das an der Abnahme bzw. dem Austausch des zusätzlichen Ortsschildes „Staatlich anerkannter Erholungsort“ gegen „Bord“ fest.

Frau Paszehr bestätigt den Vorgang. Sie gibt an, dass es Ziel war, die plattdeutsche Sprache mehr zu fördern.

Herr Burmeister findet das unverständlich. Die Kinder hätten Schwierigkeiten Deutsch zu lernen.

Herr Wiegand erläutert, dass der Beschluss zustande kam, weil man nicht wusste, dass nur ein Zusatzschild möglich ist.

Herr Schröter appelliert zur Tagesordnung zurück zu kehren.

Frau Paszehr gibt an, dass Frau Rösler nur zur allgemeinen Information eingeladen wurde.

Herr Schröter fragt, ob es eine Möglichkeit gibt, mit den Kurkliniken zu sprechen, ob sie Barth als möglichen Standort sehen.

Frau Rösler spricht sich nochmals gegen eine Klinik aus. Eventuell kann man aber bei Dr. Gramsch anfragen. Er ist stellvertretender Präsident des Bäderverbandes und Leiter der Mutter-Kind-Kurklinik Fischland. Frau Rösler kann die Kontaktdaten zur Verfügung stellen.

## zu 8 **Diskussion neuer Radweg/ Aussichtspunkt Borgwall und ehem. Aschberg**

Herr Keller informiert über den aktuellen Stand der ehemaligen Deponie. Diese wird auch nach Abschluss der Baumaßnahmen weitere 2 – 3 Jahre „Deponie in der Nachsorge“ bleiben. Erst danach kann man an die Umsetzung der Radwege und des Aussichtsturmes gehen, also frühestens 2028.

Herr Schröter möchte ohne weitere Anträge den Radweg am Borgwall in Angriff nehmen.

Frau Paszehr wirft ein, dass dies ohne Genehmigung nicht machbar sei. Ein möglicher Antragsweg schätzt sie mit einer Dauer von anderthalb Jahren ein.

Herr Schröter sagt erneut, dass er dies umgehen möchte.

Frau Paszehr bezieht sich auf das Gespräch mit Frau Schmidt vom Wasser- und Bodenverband. Diese würde den Antrag auch befürworten und unterstützen.

Herr Schröter meint, dass man dann den Antrag stellen sollte.

Frau Paszehr und Herr Keller sagen, dass sie den Antrag stellen werden und dass sie die Ausschüsse darüber informieren werden.

Herr Schröter wirft den Deich in Born ein und dass auch hier ein Befahren möglich ist.

Frau Paszehr stimmt dem zu. Sie sagt, dass auch dort der Antragsweg gegangen wurde.

Herr Schröter fragt, ob man bei dem Antrag auch den weiterführenden Weg berücksichtigt.

Herr Keller antwortet, dass hier das Forstamt zuständig sei.

Frau Paszehr ist der Meinung, dass man an den gesamten Rundweg bis zur Betonstraße denken muss. Für den ersten Abschnitt ist der Bodenverband zuständig, für den 2. der Stadtforst und für den 3. der Bundesforst. Es muss die Gesamtheit gesehen werden, am besten mit einem touristischen Konzept.

Hier stimmen die Ausschussmitglieder zu.

Herr Schröter fragt, wie es nun weitergehen soll.

Frau Paszehr sagt, dass zuerst der Antrag bei der Wasserbehörde zu stellen ist.

Herr Schröter möchte erste Ergebnisse in der nächsten Ausschusssitzung sehen. Vielleicht kann man schon den Beton aufnehmen.

Frau Paszehr meint, dass man den Beton zurück bauen könnte und dann mit Rasenschotter ersetzen kann.

Herr Wiegand führt an, dass es eventuelle Probleme wegen dem Spülfeld geben kann, da der Weg dazu immer befahrbar bleiben muss.

Herr Keller meint, dass das geht.

Herr Schröter möchte erste Vorschläge von Frau Paszehr in der nächsten Sitzung haben.

Frau Paszehr entgegnet, dass Sie kein Verkehrskonzeptplaner sei und dass man hier Fachleute braucht.

Herr Schröter gibt an, dass er einen Plan haben möchte mit Zeichnungen und Ideen. Einen Planer möchte er umgehen.

Herr Keller wirft ein, dass professionelle Pläne, Grundlage für Förderungen sind.

## zu 9 **Diskussion Erlebnispunkte Innenstadt**

Herr Schröter möchte in der Stadt Erlebnispunkte schaffen. Das kann auch mal eine Tafel mit Infos zur Stadt sein. Er ist aber auch für andere Ideen offen.

Frau Paszehr gibt an, dass sie Vorschläge schon 2022 in den Ausschuss gebracht hat. Diese scheiterten an dem Nichtzustandekommen der Verkehrsberuhigung.



Herr Burmeister meint, dass man das Zeller-Denkmal neugestalten müsste.  
Herr Keller und Frau Paszehr geben an, dass das Grundstück verkauft werden soll.  
Frau Manns und Herr Wiegand erläutern, dass es Verhandlungen der WoBau gibt, das Grundstück zusammen mit den nachfolgenden Grundstücken zu erwerben und wieder zu bebauen.  
Frau Paszehr sagt, dass gerade ältere Bürger den Zustand beim Zeller-Denkmal bemängeln. Vielleicht könnte man hier temporär eine Lösung finden.  
Herr Burmeister stimmt dem zu.  
Herr Schröter fragt, ob der Wille zur Veränderung da ist. Er hat Angst, das zwischen Rewe und der Museumslandschaft beim Bürgerhaus nichts mehr kommt.  
Der Ausschuss diskutiert.  
Frau Paszehr wirft ein, dass man mit dekorativen Mittel einiges erreichen kann. Aber auch das wären freiwillige Sachen. Als Beispiel nennt sie die weihnachtliche Straßenbeleuchtung, die schon älter als 15 Jahre ist und nicht mehr viel Strahlkraft hat. Sie meint, wir müssen uns entscheiden und es wollen. Dann würde auch die Untere Rechtsaufsichtsbehörde nichts dagegen sagen.  
Herr Schröter ruft zur Rückkehr zur Tagesordnung auf. Er fragt, ob es Sinn macht, sich mit dem Stand der Innenstadt zu beschäftigen.  
Frau Manns wirft ein, dass die Händler auf jeden Fall die Durchfahrt der Straße haben wollen.  
Frau Paszehr gibt an, dass man je nach Möglichkeiten versuchen kann, die Innenstadt mitzugestalten. Ein „Sterben“ der Innenstadt wird man aber nicht ganz aus kommunalem Handeln aufhalten können. Man muss sehen, wie man dann in die Gestaltung mit eingreift.  
Herr Schröter fragt nochmals, ob man das, als Ausschuss machen will.  
Frau Manns schlägt vor, die Händler an den Tisch zu holen.  
Frau Paszehr sagt, dass es solch ein Treffen schon gab.  
Herr Burmeister nennt Stralsund als ein gutes Beispiel. Auch da würde es Leerzüge geben.  
Frau Paszehr stimmt ihm zu. Sie sagt, dass die Händler dort auch nach neuen Wegen suchen. Sie dekorieren schön, gehen auch mit ihren Waren vor die Ladentür. Sie möchte die Innenstadt erhalten. Es müsse aber auch Ideen von den Händlern kommen.  
Herr Schröter fasst zusammen, wenn Anregungen von den Händlern kommen, dass sollte der Ausschuss da auch weitermachen.

## zu 10 Diskussion Campingplatzstandorte Barth

Herr Schröter fragt Herrn Keller, welche Standorte möglich sind, die man schnell umsetzen kann.  
Herr Keller führt den geplanten Platz am Borgwall an. Dieser kann nicht mehr als Campingplatz genutzt werden, da er jetzt im Naturschutzgebiet liegt. Er sagt, dass es immer schwieriger wird, solche Plätze zu nutzen und dass man immer dafür einen B-Plan benötigt.  
Her Wiegand wirft ein, dass das nur passiert ist, weil der Standort nicht gepflegt wurde.  
Frau Paszehr sagt, dass uns das immer wieder passiert und verweist auf das Gebiet am Monser-Haken.  
Herr Keller bestätigt, dass man da immer wieder dranbleiben muss. Nur so wissen die Behörden, dass wir es ernst meinen.  
Frau Paszehr schlägt vor, dass man einen „Masterplan“ machen muss und nennt Anklam und Ribnitz als Beispiele. Hier hätte das gut funktioniert und die Städte vorangebracht.  
Herr Keller erläutert, dass es hinter dem freistehenden Haus am Borgwall mal einen

Park gab. Vielleicht könnte man mit einer denkmalspezifischen Planung wieder regenerieren.

Frau Paszehr denkt, dass man dies im Zusammenhang mit einem möglichem Wassersportgebiet planen könnte.

Herr Schröter sagt, dass der Punkt für die nächste Sitzung aufgenommen werden soll.

## **zu 11 Diskussion Spendengala**

Herr Schröter erläutert, dass er mit einer Spendengala die Vereine unterstützen möchte, da es die Vereinsförderung nicht mehr gibt.

Frau Paszehr wirft ein, dass sie sich dafür einen Beschluss der Stadtvertretung holen würde.

Herr Wiegand schlägt vor, erstmal zu klären, was unter Spendengala zu verstehen ist und wie diese aufgezogen werden soll. Er führt das Beispiel Spende für das Spielboot am Hafen an und die Veröffentlichung im Boddenblick.

Herr Burmeister schlägt vor, die zu sammelnden Spenden auf ein Projekt zu konzentrieren.

Herr Schröter will die Diskussion in der nächsten Sitzung weiter führen. Jeder sollte sich dazu Gedanken machen.

## **zu 12 Diskussion Alleinstellungsmerkmal für die Stadt Barth**

Herr Wiegand berichtet von Dr. Albrechts Vorstellungen zur Kulturmeile und dem Kulturforum. Den Weg könnte man mit Beleuchtung und anderen Mitteln hervorheben. Später sollte man diese Kulturmeile um das Dammtor und das Kloster erweitern.

Herr Schröter will wissen, wann der Papenhof eingeweiht wird.

Frau Paszehr antwortet, dass zurzeit der Sommer 2025 angegeben wird.

Herr Wiegand informiert die Anwesenden detaillierter über den Stand des Papenhofes.

Herr Schröter wirft ein, dass er Ergebnisse sehen möchte und Investoren nach Barth holen will.

Frau Paszehr bemerkt, dass dies der Bürgermeister macht.

Herr Schröter entgegnet, dass man das Thema an den Bürgermeister heran tragen sollte und dieser bei der nächsten Sitzung über sein Vorgehen berichtet.

## **zu 13 Anfragen und Mitteilungen**

Herr Schröter geht auf das Thema Entwicklung des Flugplatzes ein. Man habe schon vor vier Jahren darüber gesprochen. Er äußert die Meinung, dass die Stadt sich als Gesellschafter zurückziehen soll, wenn sich da nichts tut.

Frau Paszehr berichtet, dass sie vor einigen Jahren eine Begehung hatten. Der damalige Leiter des Flugplatzes hat ihnen erklärt, dass Barth ein Betriebsflughafen sei, mit einer guten Flugtätigkeit.

Frau Manns hat vor ein paar Jahren gehört, dass der Flughafen 70.000€ Minus gemacht hat.

Herr Schröter will zur nächsten Sitzung das Thema wieder aufgreifen. Er möchte bis

dahin mehr Informationen haben, ob sich die Beteiligung lohnt oder nicht.

Herr Wiegand führt an, dass innerhalb der Yachthafen Residenz noch ein großes Hotel gebaut wird. Vielleicht könne man die Betreiber einladen und mit ihnen über den Kneipp-Plan sprechen. Die sollten doch auch einen Wellnessbereich geplant haben.  
Frau Paszehr möchte zunächst einen fertigen Beschluss der Stadt haben. Dann können man auch mit den Investoren sprechen.

#### **zu 14 Schließung der Sitzung**

Herr Schröter schließt um 21:00 Uhr die Sitzung.

05.11.2024

---

Datum / Unterschrift Bürgermeister(in)

---

Datum / Protokollant(in)